VAdM–Kurier

39. Ausgabe: November 2022
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur 39. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ im November 2022

Inhalt:

editorial	Seite 1
Kollateralschaden des Ukrainekrieges: Absturz des Westens	Seite 2
Presseschau: Wie gelingt politische Verständigung zwischen einst verfeindeten Völkern?	Seite 4
Schwerpunktthema: Ukraine	Seite 6
Stepan Bandera: Eine historische Einschätzung (Teil 4/Schluß)	Seite 6
Vormärz: Polen und Ruthenen	Seite 7
Krieg und Frieden: Die deutsch-russischen Beziehungen	Seite 8
Das „Zarenmanifest“ vom 24. August 1898	Seite 8
Der Friede von Brest-Litowsk	Seite 9
Neues aus dem Osten	Seite 11
Rudolf Hollinger: Der Didaktiker (Teil 5)	Seite 12
Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen in den Warthegau (Teil 3)	Seite 13
Die Reichgründung (Teil 14)	Seite 15
Reiseziele/Impressum	Seite 17

Theodor Fontane war im Krieg auch Korrespondent der „Kreuzzeitung“

editorial

Der Krieg Rußlands gegen die Ukraine dauert nun bereits neun Monate an und fordert immer mehr Opfer auf beiden Seiten. In der anlaufenden Adventszeit könnte man erwarten, daß *zumindest* über einen Waffenstillstand über die Feiertage hinweg von den mittelbar und unmittelbar betroffenen Staaten, der EU sowie der UNO alles Erdenkliche hierfür unternommen würde. Nichts dergleichen passiert.

Dagegen klingen die Durchhalteparolen von *außerhalb* der Ukraine insbesondere aus den USA und seitens der Bundesregierung wie Hohn. Über diese Verblendung steigt der Unmut in der Bevölkerung, die den Frieden als ein hohes, schützenwertes Gut ansieht.

In der aktuellen Haushaltsdebatte wurde auch über den Härtefallfonds für Spätaussiedler, für jüdische Zuwanderer sowie die in der DDR-Rentenüberleitung Benachteiligter diskutiert. Dieser sollte ursprünglich eine Milliarde Euro aus Bundesmitteln und einer weiteren Milliarde aus den Länderhaushalten umfassen. Über die mangelnde Bereitschaft der Länder dafür haben wir schon des Öfteren berichtet.

Nun hat der Bundestag bloß eine *halbe* Milliarde Euro aus Bundesmitteln für diesen Fonds genehmigt, er hat sich aber gleichzeitig geweigert, den Länderanteil zu übernehmen. Die Berechtigten müssen zur Zeit der jeweiligen Einreise 50 Jahre alt (Aussiedler) bzw. 40 Jahre alt (Kontingentflüchtlinge) gewesen sein; der auszuzahlende Betrag soll *einmalig* 2.500 Euro ausmachen.

Mehrfach haben wir an dieser Stelle darauf verwiesen, daß die Rentenkürzung gemäß Fremdrentengesetzt von 40 Prozent eine *gravierende Ungerechtigkeit war und ist*: Anerkennung und Wertschätzung der Bedürftigen sieht anders aus.

Vadim Derksen *Herbert Karl*

Verse zum Advent

Noch ist Herbst nicht ganz entflohn,
Aber als Knecht Ruprecht schon
Kommt der Winter hergeschritten,
Und alsbald aus Schnees Mitten
Klingt des Schlittenglöckleins Ton.

Und was jüngst noch, fern und nah,
Bunt auf uns herniedersah,
Weiß sind Türme, Dächer, Zweige,
Und das Jahr geht auf die Neige,
Und das schönste Fest ist da.

Tag du der Geburt des Herrn,
Heute bist du uns noch fern,
Aber Tannen, Engel, Fahnen
Lassen uns den Tag schon ahnen,
Und wir sehen schon den Stern.

Theodor Fontane (1819 – 1898)

Aktualität

Kollateralschaden des Ukrainekrieges: Der Absturz des Westens

Der Krieg in der Ukraine geht seit Monaten mit unveränderter Härte weiter: Wladimir Putin ordnete vor ein paar Wochen eine erhebliche Neumobilisierung an und die Ukraine wird vom Westen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt. Dies sind keine gute Voraussetzungen für Friedensverhandlungen.

Auch wenn die ersten Anzeichen einer allgemeinen Verteuerung bereits im Laufe der Pandemiebeschränkungen sichtbar wurden, hat der Krieg und die damit einhergehenden Besorgnisse ein Wesentliches zur Preisspirale beigetragen. Im letzten CATO (Nr. 6, Oktober/November 2022) schreibt Karl-Peter Schwarz in seinem Zweimonatsrückblick *Schwarz auf Weiß*:

> *„Die Kampfzone weitet sich aus. Neben dem konventionellen Krieg in der Ukraine eskaliert Rußland einen hybriden Krieg gegen den »kollektiven Westen«, in dem laut Putin »der reine Satanismus« regiert. Wer, aus welchen Motiven auch immer, Nord Stream 1 in der Ostsee gesprengt hat, hat ein unübersehbares Zeichen gesetzt, daß in diesem Krieg zwischen Rußland und dem Westen auf Konventionen keine Rücksicht genommen wird“ (CATO, S. 8).*

Die Verletzlichkeit der zivilen Ziele – Energieversorgung, Telekommunikation und Datenverkehr – hat Rußland die offene Flanke der westlichen Welt aufgezeigt. Wie bereits in der Pandemie hat der Krieg die seit Jahrzehnten ungelösten Probleme in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nur noch verschärft: Alles fällt den Politikern nun auf die Füße.

Die galoppierende Inflation ist Ausdruck einer verfehlten Zinspolitik der EZB: Durch den bis zum Exzeß betriebenen Ankauf von Schrottpapieren – insbesondere aus den südeuropäischen Staaten – ist hier nur der gravierendste Aspekt dieser Politik. Schuldenmachen wurde quasi zum Nulltarif ermöglicht, dagegen gab es auch in Ländern mit einem mehr oder weniger ausgeglichenen Staatshaushalt keinen Widerstand, denn alle – bis auf die kleinen privaten Sparer – profitierten von den niedrigen Zinsen.

Die Engpässe bei der Energieversorgung „sind eine direkte Folge der »grünen Wende«, und die Weigerung Deutschlands und anderer Länder der EU, heimische Gas- und Ölvorkommen zu fördern, ist ebenfalls ein Resultat der Dominanz wirtschaftsfeindlicher grüner und sozialistischer Ideen in den politischen Eliten.“ Auch dies hat Putins Krieg erst richtig aufgedeckt und beschleunigt:

> *„Die immer deutlicher zutage tretenden ökonomischen, politischen und militärischen Schwächen des Westens sind das Ergebnis der Erosion seiner moralischen, intellektuellen und religiösen Fundamente. Vielleicht liegt Putin nicht ganz falsch, wenn er den Teufel am Werk vermutet“ (CATO, S. 8).*

Selbst regierungsnahe Wirtschaftsexperten befürchten einen „Absturz“ der Wirtschaft:

> *„Stefan Kooths vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) nimmt an, daß das Wachstum in diesem und im kommenden Jahr um 160 Milliarden Euro geringer ausfallen wird. »Das sind pro Kopf 2 000 Euro vom Säugling bis zum Greis« (FAZ, 30. September).“*

Vor allem bisherige Schlüsselindustrien wie die chemische – auf eine billige und sichere Gasversorgung bauend – könnte hart gebeutelt werden; eine Insolvenzwelle rollt auf diese Sparte zu.

Fortsetzung auf S. 3

Fortsetzung von S. 2

Um zumindest die nächsten zwei Winter halbwegs glimpflich zu überdauern, müßten alle noch zur Verfügung stehenden Kohle- und Atomkraftwerke an das Stromnetz: Das ideologisch geprägte Flickwerk der Berliner Regierung greif viel zu kurz. Die meisten EU-Regierungen reagierten ebenfalls am falschen Ende: Anstatt alle Ressourcen in die Energieversorgung zu mobilisieren, werden schuldenfinanzierte Hilfs- und Entlastungspakete – vulgo „Wumms“ – aufgelegt, die letztendlich die Inflation nur noch mehr anheizen.

Verpuffen aber diese Preissignale, „bleibt als letzter Ausweg nur noch die Rationierung. Der Weg von einer gesteuerten Marktwirtschaft in eine kriegswirtschaftliche Planwirtschaft steht offen“ (CATO, S. 9). Zudem hat der vollmundig verkündete »Abwehrschild«, kreditfinanziert am Haushalt vorbei und der Schuldenbremse zum Hohn, nur den Widerstand der kleineren Länder bewirkt – entsprechend droht „politisches Ungemach“ im EU-Haus.

Die Einwanderung ukrainischer Flüchtlinge sowie die ungebremste Zuwanderung aus allen Krisenregionen der Welt hat die EU, aber insbesondere Deutschland, nicht im Griff. Dies hat auf die Stimmungslage der europäischen Wähler erste Auswirkungen: In Schweden und Italien wurden die Regierungen entsprechend abgestraft. Dagegen setzt die EU-Kommission auf Strafen:

> *„»Wenn sich die Dinge in eine schwierige Richtung entwickeln, haben wir Instrumente wie im Fall von Polen und Ungarn« drohte“ Ursula von der Leyen. „Die enormen Summen, die vor allem die deutschen Steuerzahler aufbringen, werden von Brüssel entweder an die Schuldnerstaaten vergeben oder zurückgehalten, je nachdem ob ihre Regierungen die ideologischen und politischen Auflagen, die man ihnen erteilt, einhalten“ (CATO, S. 9).*

Eingesetzt wurde der Entzug dieser „Manövriermasse“ bislang gegen die oben Genannten, ob Strafen demnächst auch gegen die Regierung in Rom aktiv werden, bleibt noch abzuwarten. Hingegen eröffnet der Westen derweil im Iran eine weitere politische Front, die in dem Pulverfaß Naher Osten einen ungewissen Ausgang haben könnte.

In der Wiederholung der Berliner Wahl sieht Karl-Peter Schwarz „endlich eine adäquate Antwort auf das Chaos“ in den Wahllokalen, ob entsprechend die dafür Verantwortlichen abgestraft werden, wird sich noch zeigen. Der Zweimonatsrückblick endet dennoch nicht ganz so pessimistisch:

> *„Besonderes Lob verdient das liberal-konservative Magazin* Tichys Einblick. *Es hat mit seinen beharrlichen Recherchen bewiesen, wie wichtig unabhängige Medien sind, die sich nicht vor den Karren der Regierung und der Medienkonzerne spannen lassen“ (CATO, S. 9).*

(Kopie: AfD-Flugschrift April 2022)

Herbert Karl

Presseschau

Der Ukrainekrieg geht im zehnten Monat mit unveränderter Härte und Intensität weiter. Ein Waffenstillstand und ein Frieden sind noch in weiter Ferne: Überlegungen über die Einleitung eines Friedensprozesses macht sich die halbe Welt, nur nicht die Kriegsprotagonisten selbst . . .

Die Ackermann-Gemeinde stellt sich der Frage:

Wie gelingt politische Verständigung zwischen einst verfeindeten Völkern?

Auf ihrer traditionellen Diözesantagung beschäftigte sich die sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde am 15. Oktober 2022 in Schwäbisch Gmünd mit Versöhnungsgesten als zentrale Zeichen und Impulse zur Verständigung.

Die drei eingeladenen Referenten sprachen über die Predigt von P. Paulus Sladek in Haidmühle 1955, den Kniefall von Willy Brandt in Warschau 1970 und die Bedeutung von Gesten beim Versöhnungsprozeß im Afrika der Großen Seen.

Prof. Dr. Rainer Bendel, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) in Stuttgart, hatte die Tagung organisiert und leitete sie.

Dr. phil. Otfried Pustejovsky, ein „Urgestein“ der Ackermann-Gemeinde, Osteuropa-Historiker und katholischer Theologe, der 1946 als deutscher Vertriebener nach Bayern kam und sich seit 1960 intensiv mit der Geschichte der Böhmischen Länder und der Zeitgeschichte der Tschechoslowakei, befaßt hat, sprach über die Versöhnungspredigt, die Pater Paulus Sladek am 5. August 1955 in Haidmühle nur zehn Meter vom Zaun zwischen den Blöcken an der tschechoslowakischen Grenze entfernt hielt. 50 Busse hatten gegen 700 versöhnungsbereite Landsleute dorthin gebracht.

Pustejovsky klärte zunächst die Verständnisvoraussetzungen. Die Wurzel des Wortes Versöhnung liege in „Sühne leisten“, was durch Worte und Taten, in gegenseitigem Geben und Nehmen dialogisch geschehen müsse.

Es sei schwer, nach einem Vergehen oder Verbrechen die eigenen individuellen und kollektiven Erkenntnisgrenzen zu überschreiten und fähig zu werden, eigene Schuld anzuerkennen.

In einem Streifzug durch die Geschichte nannte der Referent Beispiele für friedliche Annäherungen. Immer davor das Eingeständnis eigener Schuld, der Verzicht auf Rache und Vergeltung, immer auch die Erkenntnis, dass man den ersten Schritt tun müsse, ohne zu fragen, ob die andere Seite gleichziehen werde, denn es gehe um künftigen Frieden, nicht um Vergeltung.

So habe auch Sladek nach Vorstößen von Přemysl Pitter und General Lev Prchala radikale Gewissenserforschung bis in die lange Vorgeschichte beider Völker betrieben. Wenn auch beide Seiten schuldig geworden seien und das Herz sich hüben und drüben wandeln müsse, hätten nunmehr die böhmischen Vertriebenen auch eigene Schuld zu bekennen. Nur über Christus gehe der Weg zurück in die Heimat, eine Aufgabe für Alte und Junge bis heute, so Pustejovsk.

Dr. phil. Martin Sprungala, dessen Forschungsarbeit den Fokus auf die lokale und regionale Geschichte westpolnischer Grenzbereiche richtet, hat in vielen Publikationen das Zusammenleben von Deutschen und Polen, Katholiken und Protestanten thematisiert. Faktisch unterschrieben Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz am 7. Dezember 1970 den Warschauer Vertrag, der das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen regeln sollte.

Teil des Staatsbesuchs waren zuvor zwei Kranzniederlegungen: am Grabmal des unbekannten Soldaten und am Ehrenmal für die Helden des Warschauer Ghettos. Dort sank Brandt unerwartet auf die Knie, eine spontane, nicht vom Protokoll diktierte Geste, die als Bitte um Vergebung im Namen Deutschlands für die Verbrechen gegen das jüdische Volk verstanden wurde.

Die Polen reagierten sehr zurückhaltend, so Sprungala, die Medien berichteten verfälschend mit einem Foto, auf dem es aussah, als kniete Brandt vor einem polnischen Soldaten. Hintergründe dafür seien die von der Propaganda forcierte antideutsche Stimmung in der Bevölkerung, die Folgen der antisemitischen Kampagne um 1968 sowie die Entmachtung Gomulkas gewesen.

Der neue Machthaber Edward Gierek habe in der Folgezeit zwar eine wirtschaftliche Öffnung nach Westen betrieben, aber kein Interesse an einer Aussöhnung mit Deutschland gehabt. Zum 30. Jahrestag gedachte Deutschland des Kniefalls mit einem Denkmal für Brandt an der Stelle in Warschau (Polen wollte der EU beitreten, Höhepunkt der guten Beziehungen), zum 50. Jahrestag mit einer Briefmarke und Gedenkmünze. In Polen unter der PIS-Regierung sei Brandts Kniefall heute dagegen eine unerwünschte Erinnerung.

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Dr. theol. P. Deogratias Maruhukiro, Forschungsassistent am Lehrstuhl für Caritaswissenschaft an der der Universität Freiburg und Mitinitiator der Freiburger Friedensgespräche, bei denen im Exil lebende Politiker aus verfeindeten afrikanischen Ländern versuchen, miteinander in einen Dialog zu kommen, hat selbst zum Thema Frieden in Burundi geforscht und publiziert.

In seinem Heimatland, das kleiner als Baden-Württemberg ist und 11,5 Millionen vor allem junge Einwohner hat, gab es nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1962 eine Reihe von Bürgerkriegen, die Verletzungen und Traumata hinterließen. Eine Friedenskultur kann man aufbauen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, ist der Pater überzeugt:

„Ohne gute Regierungsführung, ohne Armutsbekämpfung und ohne Einsatz von Gerechtigkeit durch eine gut funktionierende Justiz sind alle Bemühungen um Frieden und Versöhnung zum Scheitern verurteilt."

Versöhnung sei in einer Diktatur, wie sie derzeit mit fortwährenden Verletzungen der Menschenrechte in Burundi herrsche, nicht möglich. Denn zum Versöhnungsprozeß gehörten nicht allein die Kontakte der Menschen untereinander, sondern auch die politische Dimension.

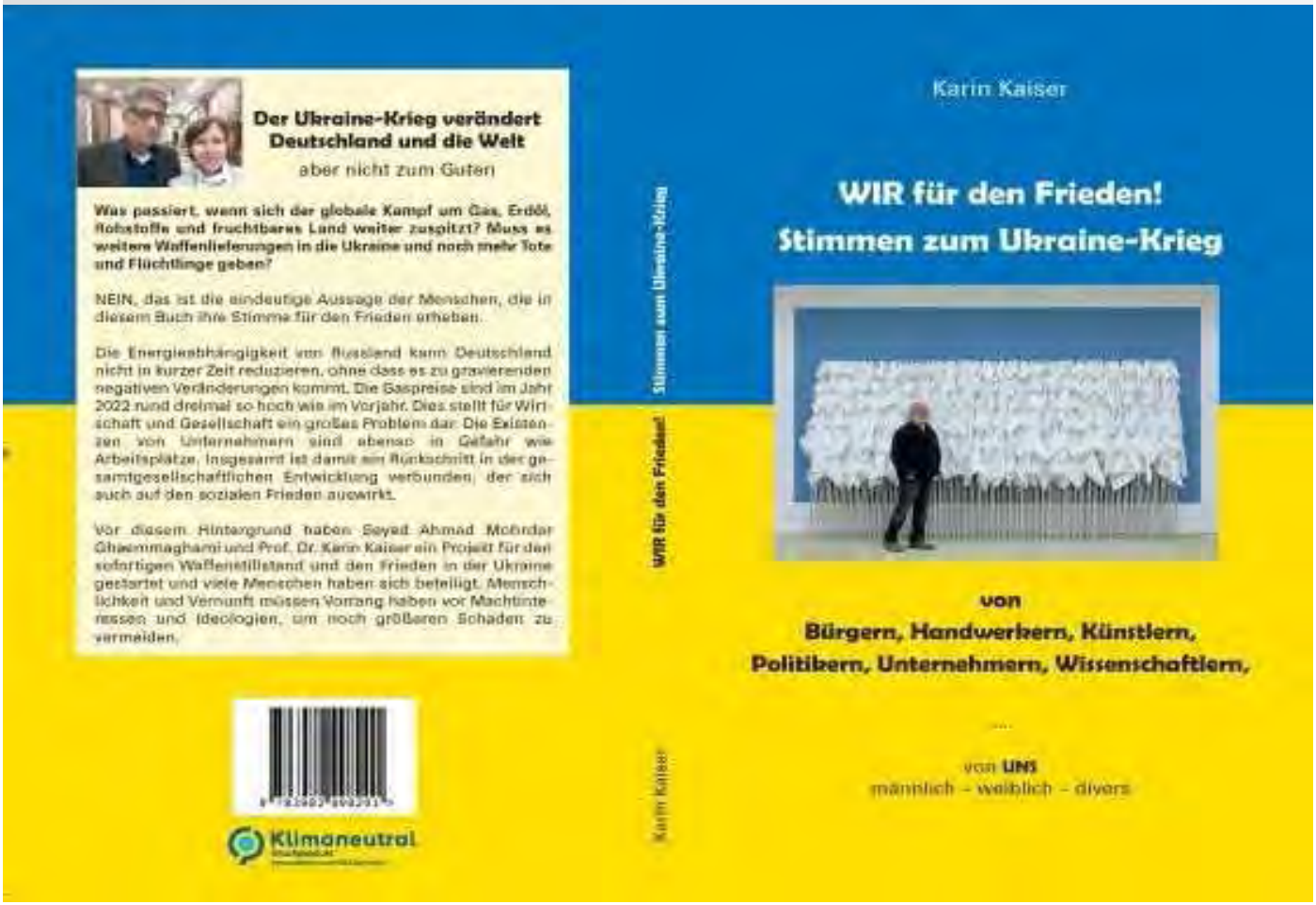
Die Therapie der Gesellschaft als Ganzes sei wichtig, sie fange mit der Begegnung zwischen den Menschen an und setze sich über die Trauma-Verarbeitung, die Erziehung und Bildung für die junge Generation fort. Zukunft lasse sich nicht aufbauen, ohne des Vergangenen zu gedenken.

Nach seiner Priesterweihe richtete Maruhukiro mit seinen Mitstreitern 2007 in der burundischen Hauptstadt Bujumbura ein Friedens- und Wallfahrtszentrum mit der Gottesmutter als Königin der Versöhnung ein. Die bis dahin getrennte Kirchen besuchenden Hutu und Tutsi konnten so an einem Ort vereint und die Besucherzahlen in den sonntäglichen Gottesdiensten gewaltig gesteigert werden.

Der Verein Sangwe (Willkommen) betreibt dort bis heute eine kirchlich initiierte Begegnungskultur mit dem Ziel, Spannungen und Konflikte zu vermeiden und abzubauen. Dem dienen gemeinsame Sportveranstaltungen, Friedenscamps mit Tanz und Trommeln, Versöhnungsarbeit durch Theateraufführungen (beispielsweise zwischen zurückkehrenden Flüchtlingen und daheimgebliebenen Dorfbewohnern) sowie interregionale Friedensfestivals.

Der Artikel von Stefan T. Tappert erschien im *Christlichen Forum* vom 18. November 2022:
https://christlichesforum.info/wie-gelingt-politische-verstaendigung-zwischen-einst-verfeindeten-voelkern/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrage-unseres-blogs_1

Herbert Karl



Stepan Bandera: Eine historische Einschätzung

Teil 4 und Schluß

Stepan Bandera war, wie gesehen, eine äußerst schillernde Gestalt des ukrainischen Nationalismus' des 20. Jahrhunderts. Die Propaganda-Inszenierung durch heutige nationalistisch Gesinnte, und angesichts der Instrumentalisierung des Kampfes Rußlands gegen die Nazis in der Ukraine verstärkt die ohnehin schon Mythologisierung seiner Gestalt: Entsprechend schwierig ist eine historische Einschätzung Banderas.

Zu dem Interesse an Bandera und seiner aktuellen Instrumentalisierung trug sicherlich auch die russische Geschichtspropaganda bei, die die „banderowzy", die radikalen antirussischen Nationalisten in der Ukraine, als Antisemiten und Neonazis im Zusammenhang mit den Maidanprotesten und dem am 22. Februar 2014 erfolgten Machtwechsel apostrophierte. Diese bezogen ihre radikale Russophobie auf die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), an deren Spitze seit 1940 unumstritten Stepan Bandera stand. Allerdings war er bereits seit Juni 1932 der stellvertretender Landesführer der OUN und ihr Propagandachef: Unter ihm intensivierte sich der Terror.

Wie gesehen, hat sich Bandera in den 1930ern sowohl gegen den polnischen Staat in der Westukraine, als auch gegen die sowjetische Herrschaft in der Zentral- und Ostukraine gewandt, wobei die hauptsächlichste Rekrutierungsregion der OUN der Westen war. Diese mit äußerster Brutalität geführten Kämpfe forderten tausende Tote auf beiden Seiten: Diese Vorgänge sind m. E. von allen Seiten noch nicht historisch aufgearbeitet; das gleiche gilt für die Massaker der OUN an Juden und Polen insbesondere in den Kriegsjahren 1941 bis1943. Die Juden waren in den Augen der ukrainischen Nationalisten Parteigänger Moskaus.

Die Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsorganen und der Wehrmacht war ambivalent, denn diesen paßte die Ausrufung eines ukrainischen Staates am 30. Juni 1941 in Lemberg so gar nicht in ihr Konzept. Bandera und seine OUN wurden erst mit den Rückzugskämpfen der Wehrmacht aus der Sowjetunion als Partisanen interessant. Bis in die 1950er hielt der Untergrundkampf der OUN gegen die Sowjets – auch ein bisher unterbelichtetes Kapitel – weiter an.

Entsprechend ist eine historische Wertung der Person Banderas und der OUN, trotzt der umfangreichen aus polnischer Perspektive konzipierten Bandera-Biographie Grzegorz Rossoliński-Liebes ein schwieriges Unterfangen.

Kai Struve versucht dennoch in einem kürzlich geführten Interview der Rolle Stepan Banderas und der OUN gerecht zu werden.

> *„Insgesamt herrschen in der Wahrnehmung Banderas und seiner Erinnerung in der Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit zwei Missverständnisse vor. Zum einen gibt es eine falsche Deutung des Verhältnisses der Bandera-OUN zu den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs, die in mancher Hinsicht den Verfälschungen der in Russland bis heute fortwirkenden sowjetischen Propaganda ähnelt. Aus einer ideologischen Nähe folgte nicht, dass sie auch in den politischen Zielen übereinstimmten. Während die Bandera-OUN einen eigenständigen ukrainischen Staat anstrebte, errichteten die Deutschen in den besetzten Gebieten ein brutales Regime von Ausbeutung und Unterdrückung unter direkter deutscher Herrschaft. Bandera und die OUN verkörperten nicht die ukrainische Kollaboration, sondern das Verhältnis zwischen den Deutschen und ihnen war distanzierter und schließlich feindlicher als zwischen dem NS-Regime und anderen antisowjetischen ukrainischen Gruppierungen. Seit Anfang 1943 bekämpfte die Bandera-OUN die Deutschen aktiv.*
> *Zum anderen wird in der deutschen Öffentlichkeit die Bandera-Verehrung in der Ukraine häufig als Beleg für die fehlende Auseinandersetzung mit der ukrainischen Kollaboration und für einen starken nationalistischen, rechtsextremen Einfluss in der Ukraine gesehen. Auch eine solche Deutung führt zu falschen Schlüssen, wenn nicht gleichzeitig berücksichtigt wird, dass die Erinnerungsgeschichte an die großen Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts in Osteuropa und insbesondere in der Ukraine komplizierter ist als die deutsche oder die westeuropäische. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Verbrechensgeschichte der OUN und der UPA [Ukrainische Aufstands Armee] ist in der Ukraine lange Zeit durch die sowjetische und später russische Instrumentalisierung des Vorwurfs des »ukrainischen Faschismus« blockiert worden.*
> *Der russische Vorwurf des »ukrainischen Faschismus« diente in den vergangenen zwei Jahrzehnten einem imperialen Herrschaftsanspruch über die Ukraine . . . "*

Das ganze Interview von Dr. Kai Struve (Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) ist abzurufen unter dem Verweis:
https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/270/stepan-bandera-geschichte-erinnerung-und-propaganda/
Weitere Recherchen und neue Archivmaterialien werden sicherlich zu einer historisch neuen Bewertung der Person Stepan Bandera führen.

Herbert Karl

522 Landeskunde

Archiv für Geographie 9 und 10 (21. 1. und 24. 1. 1814) 38–40; 16 und 17 (7. 2. und 9. 2. 1814) 67–72; 20 und 21 (16. 2. und 18. 2. 1814) 84–88

‚Die Ukrainischen Kosaken. Von ihrer Unterwerfung an Rußland (1651) mit einer Einleitung über den Zustand und die Verfassung der Kosaken überhaupt.'

Verfasser: Franz von Gretzmillern

Die Kosaken werden in „malorussische" und „Donische" eingeteilt.

(67) „Die Malorussen bewohnen die Ukraine (das Gränzland), welches in der Nähe des Dneprflusses, gegen das türkische Gebieth und die vormahls der Republik Pohlen gehörigen, nun Rußland einverleibten Provinzen liegt. (. .) Hier und da laßt sich ihre halb russische, halb pohlnische Eigenthümlichkeit nicht verkennen. Selbst ihre Sprache ist einem pohlnischen Dialekte ähnlich. (. .) Ihre Religion ist die griechische, der sie von jeher mit dem größten Eifer und Standhaftigkeit zugethan waren. Sehr artig ist die festliche Kleidung der Malorussen, daher sie auch unter der Regierung der Kaiserinn Katharina II. am Hofe Mode wurde. Herrlich ist das Klima dieses Landstriches, wenige Berge (66) wechseln mit häufigem, sehr fruchtbarem Ackerlande ab, nur hier und da kommt auch Sandboden zum Vorschein. Die Gewässer wimmeln von Fischen, die Waldungen sind groß, schön und voll Wild. Daher auch die ansehnliche, jedem Zweige der Industrie so günstige Bevölkerung und die vorzüglichen Producte dieser Gegenden. (. .) Ungeheuer ist die Menge des in den Städten und Dörfern verfertigten Branntweins, und dieser Umstand läßt auf die Ergiebigkeit des Getreidehandels schließen, der so viel von diesem Naturproducte, bloß für diesen Nebenzweck entbehren kann. (. .) Einige ihnen eigenthüm- (69) liche Gebräuche haben einen etwas orientalischen Zuschnitt. (. .) Die ganze Militäreinrichtung dieser Gegenden rührt von dem eben so klugen als tapferen König von Pohlen, und Großfürsten von Siebenbürgen, Stephan Bathori her, wie in der Folge gezeigt werden soll. (. .) Die Regimentsstädte sind: Kiew, Starodub, Tschernigow, Reschni, Priluki, Gadis, Poltawa, Lubin, Perejaslawl und Mirgorod. (. .) Die Schicksale und Begebenheiten der Malorussen sind folgende. (. .)"

Es folgt ein historischer Abriß.

Humorist 78 (20. 4. 1843) 317–318

‚Der Währwolf.'

Quelle: „Aus dem Polnisch erscheinenden *Tygodnik Peterburgski.*"

(317) „Der Währwolf, ein phantastisches Gebilde des Volkes, ist fast über die ganzen weiten Wohnsitze der Slawen verbreitet. Obgleich die Ukraine gewöhnlich für sein Vaterland gilt, so hat ihn auch der Pole, der Lithauer und Großrusse eben so gut gesehen. Jedes Kind hat von seiner Amme die Geschichte des schrecklichen Gespenstes gehört, und wie manchem Kinde mag es die erhitzte Phantasie lebendig vor Augen gestellt haben. (. .) Die Kleinrussen und Ukrainer benennen ihn ‚wowkolak' oder ‚wolkolak' und beschreiben seine Entstehung folgendermaßen. (. .)"

Die Herkunft dieser Sagengestalt liege jedoch im Dunkeln.

Allgemeine Theaterzeitung 106 (4. 5. 1843) 475

‚Feuilleton. Volkssagen. (Der Währwolf.) (Aus dem Polnisch erscheinenden *Tygodnik Peterburgski.*)'

Quelle: (*Magaz.*)

Wiederholt obenstehende Notiz.

Die linke Seitenkopien:

Gertraud Marinelli-König: Polen und Ruthenen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805 – 1848). Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt, Wien 1992,

Links oben: S. 522.

Links unten: S. 515

Bereits im *Kurier ab dem Juli-August* verwiesen wir auf das Werk von Frau Gertraud Marinelli-König.

Bemerkenswert ist das offensichtliche Interesse der österreichischen Öffentlichkeit an dem Königreich Galizien und Lodomerien im Vormärz,.

VORWORT

Die Erforschung der Wechselbeziehungen zwischen der österreichischen Literatur und Kultur und den anderen Literaturen und Kulturen der österreichisch-ungarischen Monarchie sowie Beziehungen zu Literaturen und Kulturen anderer Länder wurde unter Günther Wytrzens als Obmann der Kommission für Literaturwissenschaft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zu einem der Forschungsschwerpunkte dieser Kommission. Bis zu seinem Tode betreute er den hier vorgelegten zweiten Band des Projekts über die Slawen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz.

Nach Rußland folgen nun die Polen und Ruthenen. Und wieder wird ein reiches Material in einer Gliederung dargeboten, die der des ersten Bandes entspricht und auch eine vergleichende Lektüre ermöglicht. Das so aufbereitete Material ist eine unverzichtbare Grundlage für künftige literatur- und kulturhistorische Studien über Wechselbeziehungen zwischen dem österreichischen und dem polnischen und ukrainischen Geistesleben.

Der jetzt amtsführende Obmann fühlt sich dem Vermächtnis seines Vorgängers verpflichtet.

Walter Weiss

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
SITZUNGSBERICHTE, 590. BAND

VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR LITERATURWISSENSCHAFT
Nr. 13

GERTRAUD MARINELLI-KÖNIG

Polen und Ruthenen in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805–1848)

Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme der Beiträge über Galizien, die Bukowina und das polnische Geistesleben insgesamt

VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 1992

Krieg und Frieden: Die deutsch-russischen Beziehungen

Wie kaum eine Verbindung in den internationalen Beziehungen – vielleicht die deutsch-französische ausgenommen – ist mit so vielen Höhen und Tiefen geprägt, wie die Beziehung zwischen Russen und Deutschen.
Im Folgenden können hier nur einzelne Aspekte dieser jahrhundertealten gemeinsamen Vergangenheit gestreift werden. Der Krieg in der Ukraine wirft aber auch hier seinen Schlagschatten auf diese Geschichte.
Die Red.

Das „Zarenmanifest" vom 24. August 1898

„Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein müßten. Das humane und hochherzige Bestreben Sr. Majestät des Kaisers, meines erhabenen Herrn, ist ganz dieser Aufgabe gewidmet. In der Überzeugung, daß dieses erhabene Endziel den wesentlichsten Interessen und den berechtigten Wünschen aller Mächte entspricht, glaubt die kaiserliche Regierung, daß der gegenwärtige Augenblick äußerst günstig dazu sei, auf dem Wege internationaler Beratung die wirksamsten Mittel zu suchen, um allen Völkern die Wohlthaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre hat der Wunsch nach einer allgemeinen Beruhigung in dem Empfinden der gesitteten Nationen besonders festen Fuß gefaßt. Die Erhaltung des Friedens ist als Endziel der internationalen Politik aufgestellt worden. Im Namen des Friedens haben große Staaten mächtige Bündnisse miteinander geschlossen. Um den Frieden besser zu wahren, haben sie in bisher unbekanntem Grade ihre Militärmacht entwickelt und fahren fort, sie zu verstärken, ohne vor irgendeinem Opfer zurückzuschrecken.

Alle ihre Bemühungen haben dennoch noch nicht das segensreiche Ergebnis der ersehnten Friedensstiftung zeitigen können. Da die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Teile von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurteilt sind, jeden Wert zu verlieren infolge irgendeiner neuen Entdeckung auf diesem Gebiet. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten sehen sich in ihrer Entwicklung gelähmt und irregeführt. Daher entsprechen in dem Maße, wie die Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger dem Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat. Die wirtschaftlichen Krisen sind zum großen Teil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs äußerste und die ständige Gefahr, welche in dieser Kriegsstoffansammlung ruht, machen die Heere unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können.
Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen werde, welche man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schaudern machen.

Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, welche sich heutzutage allen Staaten aufzwingt. Durchdrungen von diesem Gefühl, hat Se. Majestät geruht, mir zu befehlen, daß ich allen Regierungen, deren Vertreter am kaiserlichen Hofe beglaubigt sind, den Zusammentritt einer Konferenz vorschlage, welche sich mit dieser ernsten Frage zu beschäftigen hätte. Diese Konferenz würde mit Gottes Hilfe ein günstiges Vorzeichen des kommenden Jahrhunderts sein. Sie würde in einem mächtigen Bündel die Bestrebungen aller Staaten vereinigen, welche aufrichtig darum bemüht sind, den großen Gedanken des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht. Sie würde zugleich ihr Zusammengehen besiegeln durch eine solidarische Weihe der Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit, auf denen die Sicherheit der Staaten und die Wohlfahrt der Völker beruht." (Karlheinz Koppe: Der vergessene Frieden. Friedensvorstellungen von der Antike bis zur Gegenwart, Opladen 2001, S. 178ff., Rekurs auf: Friedens-Warte 1999:256/257)

Fortsetzung auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

Dieses bemerkenswerte Dokument in der Geschichte als *Zarenmanifest* oder *Friedensmanifest des Zaren Nikolaus I.* löste einen politischen Diskurs aus, der auch die Regierungen zum Eingehen auf die sich verstärkende Friedensbewegung veranlaßte und die zu den Haager Friedenskonferenzen führte, die die niederländische Königin Wilhelmina nach Den Haag 1899 und 1907 einlud.

Dieses russische Friedensdokument sowie die Reaktionen darauf wird uns gerade im Hinblick der ersten Friedensbedrohung durch die politisch-militärischen Verwicklungen in der Ukraine aber auch als Aspekt der deutsch-russischen Beziehungen wird uns noch weiterhin beschäftigen.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Der Frieden von Brest-Litowsk und das Selbstbestimmungsrecht

Nachdem die Bolschewiki am 7. November 1917 (nach dem in Rußland geltenden Julianischen Kalender war dies der 25. Oktober) die Macht ergriffen hatten, war das vorrangigste *außenpolitische* Ziel ein Frieden mit den Mittelmächten, um ihre Macht im Inneren zu sichern.

Der Allrussische Sowjet-Kongreß kündigte „einen »demokratischen Frieden und sofortigen Waffenstillstand« an.“ Bereits am 8. November 1917 erfolgte der

> *„berühmte Aufruf der neuen Gewalthaber an das Proletariat der ganzen Welt, sich zu erheben und die Regierungen der kämpfenden Länder zum sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen zu zwingen; er forderte einen »Frieden ohne Annexionen und Kontributionen aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker«“ (Ritter, Bd. 4, S. 90).*

Dies hatten die Bolschewiki bereits in der Märzrevolution 1917 von der neuen Regierung verlangt. Bereits ab diesem Moment wurde das Friedensthema auch ein Thema der Öffentlichkeit; es wurde aus der Sphäre der vertraulichen Geheimverhandlungen gehoben.

Die Friedensverhandlungen begannen in der russischen Festung Brest-Litowsk (heute Weißrußland) am 20. Dezember 1917, nachdem bereits am 15. November ein Waffenstillstand zwischen den Sowjets und den Mittelmächten vereinbart worden war. Die Russen waren anfangs durch den kommissarischen Volkskommissar des Äußeren, Adolf Abramowitsch Joffe vertreten, danach ab Januar 1918 durch den Journalisten und Revolutionär, Lew Trotzki (eigentlich: Leib Davidowitsch Bronstein), dem eigentlichen Leiter des Außenministeriums. Die deutsche Delegation führte der Außenminister Richard von Kühlmann an; die österreich-ungarische Delegation wurde von Außenminister Ottokar Graf von Czernin von und zu Chudenitz angeleitete.

Als Grundlage der Verhandlungen

> *„lagen im Osten auf beiden Seiten feierliche Erklärungen vor. Die von den Sowjets akzeptierten Aprilthesen Lenins sowohl wie die Friedensresolution des Reichstages enthielten die Verpflichtung zu einem Frieden ohne Annexionen. Die Durchführung dieses Prinzips aber standen im Osten besondere Schwierigkeiten entgegen“ (Erdmann, S. 215).*

Einerseits war es fast undenkbar, daß die Mittelmächte sich aus den besetzten Gebiete ganz zurückziehen würden, „um der bolschewistischen Agitation einen freien Zugang nach Mitteleuropa zu öffnen.“ Andererseits waren sie auf die erhofften Getreidelieferungen aus der heutigen Ukraine angewiesen. Noch bestimmender war die Tatsache, daß bereits die „Randvölker:“ Polen, Finnen, Litauer, Esten und Letten sich von Rußland lösen wollten:

> *„Sie konnten sich hierfür auf das von den Sowjets proklamierte und auch in den Friedensverhandlungen mit Deutschland zugestandene Recht der nationalen Selbstbestimmung berufen, dem prinzipiell auch die deutschen Vertreter zustimmten“ (Erdmann, S. 216).*

Fortsetzung auf S. 10

Fortsetzung von S. 9

Wie immer lagen nun die Dinge im Detail und in der Umsetzung diesen Rechts. Die sowjetische Delegation verlangte, „daß Abstimmungen durchgeführt werden sollten, aber erst dann, wenn die deutschen Truppen diese Gebiete geräumt hätten. Hierin einzuwilligen hätte bedeutet, zuzugestehen, daß die Abstimmungen unter bolschewistischem Einfluß durchgeführt würden. Im Grunde verstanden beide Seiten unter dem gleichen Begriff völlig verschiedene Dinge.“ Die russischen Revolutionäre hatten hier gedankliche Vorarbeit geleistet:

> *„In der Theorie Lenins wie Stalins, des Volkskommissars für Nationalitäten, war das Recht auf Selbstbestimmung bis zur äußersten Konsequenz, bis zum Recht auf Sezession geführt worden. So sprach auch die Deklaration der Rechte der Völker Rußlands durch den Rat der Volkskommissare vom 15. November 1917 (2. November) vom »Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, die bis zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates gehen kann«. Aber dieses Prinzip war in Wirklichkeit einem anderen Prinzip untergeordnet, durch das es wieder faktisch aufgehoben wurde. Am 12. Mai 1917 (29. April)“ hatte auf Antrag Stalins der Allrussische Parteikongreß folgende Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts beschlossen: »Die Frage des Rechts der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem und jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig gelöst werde, und zwar vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus«“ (Erdmann, S. 216).*

Die nationale Selbstbestimmung unterlag damit der beliebigen Parteipolitik und so konnte

> *„gegenüber einer praktisch vollzogenen Trennung, deren Rückgängigmachung die Machtverhältnisse nicht erlaubten, das Recht auf Selbstbestimmung in seiner äußersten Konsequenz angewendet werden, wie es in den späteren Verträgen mit den baltischen Staaten und Finnland der Fall sein sollte. Oder es konnte mit Hilfe der örtlichen kommunistischen Partei durch Zusammenspiel von Revolution und Intervention die Trennung eines von nichtrussischer Bevölkerung bewohnten Gebietes vom sowjetischen Gesamtstaat verhindert oder rückgängig gemacht werden. Dies war der Gang, den die Ereignissen in Turkestan, in der Ukraine, in Weißrutheinen und bei anderen Völkern des ehemaligen Zarenreiches nehmen sollten“ (Erdmann, S. 16f.).*

Auf der Gegenseite hatten auch das deutsche Kaiserreich und Österreich-Ungarn durch teils gewählte, nichtgewählte oder ständisch-nationale Gremien in Polen, Litauen und Kurland nationale – von den beiden Mächten abhängige – Entitäten in Planung. Entsprechend konnte auch hier nicht von einem freien Votum der betroffenen Völker die Rede sein.

Dieses Vorgehen fiel den Mittelmächten in den Pariser Vorortverträgen auf die Füße. Die unsägliche Kriegszieldiskussion im Laufe des Krieges löste nach 1960 die mit äußerst harten Bandagen geführte so genannten *Fischer-Kontroverse* aus: Der Historiker Fritz Fischer unterstellte der deutschen Reichsregierung, daß es für diese zweckmäßig erschien, „die deutschen Territorialforderungen mit dem Gedanken der Selbstbestimmung zu »frisieren«“ (Erdmann, S. 217, Rekurs auf: F. Fischer: Kontinuität des Irrtums, HZ 191 (1960), S. 95).

Die Sowjets versuchten im Laufe der Verhandlungen, die Mittelmächte auseinanderzudividieren in dem sie auf Zeit spielten; entsprechend zogen sich der Brest-Litowsker Friedensprozeß wesentlich in die Länge.

Literatur

Karl Dietrich Erdmann: Der Erste Weltkrieg, herausgeg. von Herbert Grundmann, (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte), 9., neu bearbeitete Aufl., München 1980.
Gerhard Ritter: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland. Vierter Band: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1818, München 1968.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Neues aus dem Osten: Die VAdM-Kolumne von Thomas W. Wyrwoll

Ralf Wolter: Komödiant und Patriot

Besonders in der Rolle des kauzigen Trappers Sam Hawkens hatte er sich in die Herzen des deutschen Publikums gespielt: Jetzt verstarb der Schauspieler Ralf Wolter im Alter von 95 Jahren in seiner Wahlheimat München. Das Ende 1926 in Berlin als Sohn eines Zirkusartisten und einer Musikerin geborene Multitalent besuchte von 1946 bis 1948 die Schauspielschule „Der Kreis“ und begann anschließend eine Karriere als Kabarettist, bevor er dank seiner herausragenden komödiantischen Begabung 1951 ins Filmfach wechselte.

1962 fand er in „Der Schatz im Silbersee“ seine Paraderolle als Sam Hawkens / Hawkins, eines gutmütigen deutschstämmigen Leichtfußes, der Karl Mays Alter Ego, den deutschen Schriftsteller und Weltreisenden Old Shatterhand, beständig unterstützte – mal mehr, mal weniger erfolgreich.

1964 kam in „Der Schut“ die Rolle des Beduinen Hadschi Halef Omar hinzu, der den im Orient als Kara ben Nemsi auftretenden Shatterhand als treuer, aber gleich Hawkens chaotisch veranlagter Diener begleitete. Karl May hatte in seiner Figur die spätere enge Verbindung gerade der Nordaraber mit den Deutschen vorhergesehen, was sich versteckt auch in den Filmen widerspiegelt.

Der Darsteller gutmütiger Käuze
setzte sich für die deutsche Einheit
und das Erbe Ostdeutschlands ein.

Offener politisch war Wolters Auftreten im ersten deutsch-deutschen Film „Die Heiden von Kummerow und ihre lustigen Streiche“ aus dem Jahr 1967, mit dem er sich auf sanfte Art gemeinsam mit dem ihm auch ideell verbundenen Regiemeister Werner Jacobs unter der Oberfläche einer vergnüglichen Komödie gegen die deutsche Teilung und die geistige Aufgabe der ostdeutschen Kultur Pommerns verwahrte.

Während die offizielle DDR wie die ihr heute in vielem endgültig nacheifernde BRD die östlichen Wurzeln des eigenen Volkes zu kappen versuchte, stieß diese im sozialistischen Sprachgebrauch eigentlich zutreffend als „Volksverrat“ zu bezeichnende Untergangspolitik unter Künstlern und anderen Vertretern der geistigen Elite auf für aufmerksame Beobachter durchaus wahrnehmbaren Widerstand.

Ab Ende der 60er Jahre wandte sich Wolter zunehmend dem Fernsehen zu – insgesamt kamen so bis zu seiner letzten Komödie im Jahr 2012 über 230 Filmwerke zusammen. Darüberhinaus glänzte er dank seiner unverwechselbaren Stimme auch als Synchronsprecher und Sänger. Auf sein erfülltes Dasein blickte der seit 1959 mit seiner Frau Edith verheiratete Ausnahmekünstler nach eigenen Worten sehr zufrieden zurück.

Bild. Ralf Wolter in seiner Paraderolle als Trapper Sam Hawkens (Standbild aus 'Winnetou I.')

Dr. phil. Rudolf Hollinger: Ein bewegtes Leben in unruhigen Zeiten
Teil 5: Der Didaktiker

Zwischen den Jahren 1936 und 1944 war Rudolf Hollinger als Lehrer in Temeswar tätig, anfangs am Deutschen Realgymnasium und zwei Jahre – 1943 und 1944 – war er Direktor der bekannten Deutschen Knabenmittelschule „Banatia."

Ab Herbst 1940 wurde Hollinger mit der Banater Kulturarbeit seitens der Leitung der Deutschen Volksgruppe beauftragt und Leiter der Kulturkammer. Im Jahre 1941 übernahm er, wie bereits im ersten Teil erwähnt, die Schriftleitung des *Banater Schulboten*, dem Fachorgan der Deutschen Lehrerschaft, „deren Gründung Nikolaus Hans Hockl, Leiter des Schulamts der Deutschen Volksgruppe in Rumänien, mit dem Ziel angekündigt hatte, »fachliche Schulung auf weltanschaulicher Grundlage des Nationalsozialismus zu vermitteln«" (Dama, Heimatblatt, S. 41).

Wegen dieser Funktion hatte Hollinger im neuen kommunistischen Regime viel Ärger und einige Nachteile zu ertragen. Entsprechend äußerte er sich später nur ungern über diese seine Tätigkeiten in der Zeitspanne von 1936 bis 1943:

> *„Wollte er es vermeiden, Lehrerkollegen zu nennen oder schämte er sich für die Tätigkeit, obwohl er sich weder politisch noch ideologisch engagiert hatte?" (Dama, Heimatblatt, S. 42)*

Für kurze Zeit – 1. Februar bis 31. Oktober 1948 – wurde Hollinger als Dozent für deutsche Sprache an der Technischen Hochschule Temeswar – deren Rektor war seinerzeit Dr. Ilie Murgulescu – im Hochschulbetrieb engagiert; danach wurde er aus dem Schuldienst entfernt und mußte sich als Arbeiter durchschlagen. 1956 wurde er für zwei Jahre auf den Lehrstuhl für Germanistik der Philosophischen Fakultät an der neu gegründeten Universität Temeswar berufen; danach folgten weitere Jahre als Arbeiter und Techniker.

Bis Herbst 1962 hielt dieser erneute Ausschluß aus dem Lehrbetrieb: Dr. Murgulescu, zum neunen Unterrichtsminister ernannt, ordnete eine neue Untersuchung der Vorwürfe gegen Rudolf Hollinger an. Als diese sich als nicht stichhaltig erwiesen – ein gewisses ideologisches Tauwetter setzte gerade im Ostblock ein – wurde er von heute auf morgen erneut an die Universität berufen.

So ein „Spielball-Schicksal" (Hans Dama) war kennzeichnend für die 1950er und 1960er Jahre und erreichte sein Ziel, die Zermürbung:

> *„In diesem Ebbe-Flut-Spiel nagte die Verzweiflung an seiner Seele, wenn er notierte: »Wenn ich morgens die Menschen zur Arbeit eilen sehe, müde, verhärmt, so scheint es mir, als blicke ich in das Antlitz der Zeit . . .« Er, der der Jugend so zugetan und all sein Wissen und Können in den Dienst der Ausbildung der jungen Generation zu stellen bereit war, wurde zu oft aus seiner Lehrtätigkeit gerissen und aufs tote Gleis verbannt" (Dama, Heimatblatt, S. 42).*

Seinen Platz nahmen indes andere ein: „Fassungslos über so manches schrieb er damals: »Da sitzen sie nun auf Kathedern, die sie mit Gesinnungslosigkeit bezahlt haben, und sind ohne Saft und Kraft, ohne Poesie und Witz, eine Karikatur ihrer selbst. Und ich muß meinen heiligen Eifer wie ein Waldfeuer ausstreuen und ersticken . . .«" (Dama, Heimatblatt, S. 42)

Bei Schülern und Studenten war Rudolf Hollinger äußerst beliebt

> *„und das nicht nur, weil seine Vorlesungen durch wissenschaftliche Kompetenz und fachliche Tiefe brillierten, sondern weil sein Credo an die Jugend auch in jenen Zeiten des sozialen, politischen und Generationsumbruches nicht ins Wanken geriet: »Was mich an die Jugend glauben läßt, ist die Kraft, mit der sie sich wie die Schlange häutet, so daß alles von ihr, was nicht ihrer ist, abfällt, und sie die reine Blüte des Lebens ist: Spiel und Sport, Tanz und Liebe und konventionslose Leidenschaft für ein geahntes Großes – den Sinn der Welt«" (Dama, Heimatblatt, S. 42, Rekurs auf: Hollinger: Gedankensplitter, S. 78).*

Anbei noch ein Zitat aus dem Kapitel „Literatur" der *Gedankensplitter*:

> *„Schon Goethe erkannte, daß die drei Dichtungsarten – Lyrik, Epik, Dramatik – einer eigentümlichen oder charakteristischen Verhaltensweise des Menschen gegenüber der Weltwirklichkeit entsprachen.*
> *Aber es gibt noch eine vierte, die reflektierende, meditative Gattung, die den Eindruck der Wirklichkeit zu goldenen Körnern der Weisheit umprägt, und aus solchem Verhalten entstand und entsteht immer noch eine Dichtung von ganz eigenem Gepräge, z. B. das Sonett, die Novelle, das dramatische Spiel, etwa das eines Brecht" (Hollinger, Gedankensplitter, S. 25).*

Literatur

Hans Dama: Rudolf Hollinger: Lehrer, Musikliebhaber, Dichter und Dramatiker, in: Temeschburger Heimatblatt 2021 (Dama, Heimatblatt).
Rudolf Hollinger: Gedankensplitter aus dem Osten. Aus dem Tagebuch eines Südost-Europäers, Wien 1985 (Hollinger, Gedankensplitter).

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Die Umsiedlung der Bessarabiendeutschen in den Warthegau
Teil 3

Zeitgleich mit der Umsiedlung der Bessarabiendeutschen erfolgte auch die Ansiedlung der umgesiedelten Volksdeutschen aus dem Baltikum, Wolhynien und Galizien (der heutigen Westukraine) und der Bukowina. In der Literatur wird hierbei der Begriff »Naturalrestitution« für die versprochenen Häuser und Felder verwendet, der entsprechend die Aussiedlung von Polen und Juden im Gegenzug bedeutete (Schmidt, S. 41).

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Aussiedlung von Teilen der jüdischen Bevölkerung des Warthegaus nach der Eroberung Polens auch mit einem Pendelverkehr der Juden auf der Donau in Richtung des rumänischen Konstanzas und der Volksdeutschen aus Bessarabien, der Dobrudscha und der Bukowina in Richtung „Reich" begann. Diesen relativ unbekannten Aspekt des Bevölkerungsaustauschs Ende der 1930er ist noch ein Desiderat der Forschung.

Ursprünglich sollten die Juden von Konstanza in Richtung Palästina verschifft werden. Bereits vor Kriegsausbruch verweigerten – auch wegen dem Widerstand der arabischen Bevölkerung – die britischen Autoritäten die illegale Einreise in Palästina: „Der britische Hochkommissar für Palästina entschloss sich am gleichen Tag [20. Juli 1939], die jüdischen Einwanderung für die Zeit vom Oktober 1939 bis April 1940 völlig zu sistieren" (so Jürgen Rohwer in seiner Dokumentation: Jüdische Flüchtlingsschiffe im Schwarzen Meer 1934 – 1944: https://www.wlb-stuttgart.de/seekrieg/ksp/schwarzmeer/juden_flucht_schiffe.htm)

Entsprechend der großen Zahl von Umsiedlern verlief die Ansiedlung im Zielgebiet , vorwiegend dem Warthegau völlig chaotisch und planlos. Erst ab Dezember 1939 wurde die Ansiedlung der Volksdeutschen forciert und koordiniert: Jetzt lag

> *„Verantwortung für die zentrale Lenkung und Planung der Aussiedlungsaktionen [. . .] bei dem 1939 gebildeten »Reichssicherheitshauptamt« – der Zentrale aller Polizei- und Sicherheitsorgane des NS-Staates in Berlin. Hier wurden die Deportationspläne – so genannte »Nah«- und »Fernpläne« aufgestellt. Sie waren unmittelbar auf die Wellen der Ankunft »volksdeutscher Rückwanderer« abgestimmt" (Schmidt, S. 41).*

Grund der Deportation der polnischen Bevölkerung war nicht nur die »Ansetzung« der Volksdeutschen; die Wehrmacht beanspruchte große Gebiete für Truppenübungsplätze und Flugplätze: So wurden sogar 1 500 Volksdeutsche aus Polen selbst „in den zur Ansiedlung der Bessarabiendeutschen bestimmten Streifen im Kreis Konin" umgesiedelt (Schmidt, S. 43, Anm. 6).

Die Deportation und die Koordination mit der Reichsbahn übernahmen die örtlichen höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) als Beauftragte des bereits erwähnten „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums" (RKF) bzw. die örtliche Sicherheitspolizei. Demgemäß wurden Anfang November 1939 „im Warthegau zwei Stäbe gebildet, die ineinandergreifende Aufgaben erfüllen sollten: erstens die Unterbringung der Umsiedler aus den baltischen Staaten, Wolhynien u. a. (die »Einwanderungszentralstelle,« EWZ) sowie zweitens die »Evakuierung« und den Abtransport der Polen und Juden in das »Generalgouvernement.«" Letzteres wurde März/April 1940 in »Umwandererzentralstelle« (UWZ) umbenannt (Schmidt, S. 41).

Durch die katastrophalen Lebensbedingungen der polnischen und jüdischen Bevölkerung im Generalgouvernement wandte sich dessen Gauleiter, Hans Frank, „gegen die zwangsweise »Einsiedlung« von weiteren Hundertausenden Menschen" in seinen Geltungsbereich. Gegen das Machtwort des Führers, „der die Bevölkerungsverschiebungen unter dem Deckmantel des Krieges vorantreiben wollte, weil er für die Zeit danach internationale Komplikationen befürchtete," kam Frank aber nicht an (Schmidt, S. 41).

Nichtsdestotrotz mußten auch kriegsbedingt die Transporte in das Generalgouvernement Mitte März 1941 eingestellt werden: Dies verzögerte die Neuansiedlung der Volksdeutschen im Allgemeinen und die der Bessarabiendeutschen im Besonderen erheblich.

Literatur

Ute Schmidt: „Einwandfreies Menschenmaterial." Die Deutschen aus Bessarabien: Kolonisten – Umsiedler – Flüchtlinge, in: Die Umsiedlung, Konferenz „75 Jahre Umsiedlung – 70 Jahre Kriegsende", Berlin 14. Juni 2015.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Einige Episoden des deutsch-dänischen Krieges 1864 werfen ihre Windschatten auch auf den Krieg um die Ukraine, so z.B. die intransigente Politik Großbritanniens gegenüber dem Deutschen Bund, die geheime Unterstützung der dänischen Flotte, etc.

Die Reichsgründung 1871:
Die schleswig-holsteinische Frage und die europäischen Großmächte

Teil 14

Hier kann jetzt allerdings nicht *eine Geschichte* des deutsch-dänischen Krieges erzählt werden; dennoch soll auf einige bemerkenswerte Aspekte hingewiesen werden.

Der sächsische General von Hacke überschritt nach der Sicherung des Herzogtums Lauenburg die holsteinische Grenze; die Dänen hatten das Herzogtum inzwischen geräumt (Ganschow, S. 93).

Wie bei jeder Koalition zeigte sich auch im Deutschen Bund eine Uneinigkeit bzw. eine leichte Animosität zwischen den Partnern. Dem Protagonisten Bismarck waren diese Probleme durchaus bewußt. Laut dem Votum des Frankfurter Bundestages vom 14. Januar 1864 sollte die Grenze des Herzogtums Schleswig *nicht* überschritten werden. Dagegen entschieden Österreich und Preußen, um Dänemark zur „Einhaltung der Verpflichtungen von 1851/52 zu zwingen (Ganschow, S. 93). Entsprechend lösten sie ihre Truppen aus dem sächsischen Oberkommando, da sich Sachsen und Hannover weigerten, den Vormarsch nach Schleswig herein zu vollziehen.

Allerdings wurde der sächsische Kommandant Heinrich von Hake angewiesen, die preußischen und österreichischen Truppen durchmarschieren zu lassen „und ihnen freundlich zu begegnen. Trotzdem kam es nach dem 1. Februar zu kleinlichen Behinderungen gegen die beiden verbündeten Armeen, die Ausdruck der gegen Österreich und Preußen gerichtete Politik der deutschen Mittelstaaten waren“ (Ganschow, S. 93f.).

Dennoch siegte der Pragmatismus, auch die des preußischen Generalfeldmarschalls Friedrich Heinrich von Wrangel: Als der sächsische Stadtkommandant des Munitionsdepots von Rendsburg sich weigert dem Preußen die Schlüssel aushändigen, meinte er,

> *„Is janz jut. Soll seinen Schlüssel behalten. Dann jeht der Winterfeld [preußischer Kommandant des Rendsburger Brückenkopfes] hin, schlägt das Schloß ab, läßt anderes vorlegen und steckt den Schlüssel in seine Tasche, dann hat jeder einen Schlüssel hinten in der Rocktasche“ (Ganschow, S. 94, Rekurs auf: Karl August zu Hohenlohe-Ingelheim: Aus meinem Leben. Dritter Band: Die Kriege 1864 und 1866. Friedenszeit bis 1870, 7. Aufl., Berlin 1906, S. 52).*

Bismarck selbst

> *„kommentierte solche Vorfälle folgendermaßen:*
> *Eine Armee in Schleswig, die ihre obersten Direktiven von Wien und Berlin, eine Armee in ihrem Rücken in Holstein, die ihre obersten Direktiven von Frankfurt empfängt, – das ist ein Widerspruch, welcher die größten Gefahren in sich birgt . . . Wir konnten nicht glauben, daß man dem übrigen Europa das Schauspiel der Uneinigkeit deutscher Truppen geben wollte, welche gegen einen gemeinsamen Gegner ausgerüstet waren . . . [und] obschon die gegen denselben Feind, ja für dieselbe Sache im Felde stehen, entstehen kleinliche Reibungen, die an die trübsten Zeiten deutscher Uneinigkeit und Eifersucht erinnern“ (Ganschow, S. 94, Rekurs auf: Heinz Kiecksee: Holstein 1864. Holstein und seine Randgebiete im Deutsch-Dänischen Kriege 1864, Lübeck; Hamburg 1964,S. 12f.).*

Durch die Mission des preußischen Generalleutnants, Karl Rochus von Manteuffel, wurden solche Störungen in Dresden und Hannover geglättet. Dänemark verfügte über wesentlich weniger Landtruppen: Allein Preußen und Österreich hatten über 65 000 Mann im Feld stehen, während Dänemark lediglich 54 000 relativ schlecht ausgerüstete Soldaten mobilisieren konnte.

Fortsetzung auf S. 15

Fortsetzung von S. 14

Letzteres setzte aber auf seine starke Flotte, deren Tradition und Erfahrung in den jahrhundertealten Kämpfen mit der Hanse und Schweden zurückging.

Die dänische Flotte setzte von Anfang an auf eine Blockade der deutschen Häfen, deren Aufschwung für die Dänen auch eine große wirtschaftliche Konkurrenz ausmachte: Der Nordseehandel

> *„bedeutete allein im Jahre 1963 für Hamburg einen Seeverkehr von 5.543 Schiffen mit 1.082.736 Bruttoregistertonnen. Der dänischen Blockade fielen 19 Handelsschiffe zum Opfer, die aufgebracht und als Prise in dänische Häfen geleitet wurden. Die dänische Fregatte »Niels Juel« konnte Anfang März sogar ungehindert in die Elbmündung vordringen und gelangte bis Glückstadt. Hier wurde sie von hannoverschen Batterien unter Feuer genommen, worauf sie abdrehte“ (Ganschow, S. 129, Rekurs auf: Hans Hugo Sokol: Des Kaisers Seemacht 1848 – 1914. Die k. k. österreichische Kriegsmarine, Wien; München 2002, S. 55f.).*

Der österreichische Admiral Wilhelm von Tegetthoff wurde auf Rhodos vom Kriegsausbruch überrascht und erhielt in Smyrna den Befehl,

> *„zum Schutz des österreichischen, preußischen und überhaupt deutschstaatlichen Handels den Kreuzungsdienst im Mittelmeer bis Gibraltar und Konstantinopel zu versehen. Dänische Schiffe auf hoher See seien zu kapern, dänischen Schiffen der Kriegsmarine der Aufenthalt im Mittelmeer unmöglich zu machen. In Korfu erhielt der Linienschiffkapitän die weitere Weisung, aus seinen Einheiten solche in genügender Zahl auszuwählen und sie in den Englischen Kanal zu führen. Die dänischen Kriegsschiffe seien aufzuspüren, Handelsschiffe dieser Flagge zu kapern und der in der Deutschen Bucht liegende dänische Flottenverband sei anzugreifen, um die Blockade der wichtigen Seehäfen Bremen, Cuxhaven und Hamburg aufzuheben“ (Ganschow, S. 129).*

Tegetthoff wurde aber auch darauf hingewiesen, „daß England insgeheim den Dänen »hilfreich zur Hand gehe«. Es sei mit größter Vorsicht vorzugehen, um nicht von größeren dänischen Schiffen überrascht zu werden“ (Ganschow, S. 129. Rekurs auf: Sokol, S. 57).

Zudem beorderte die britische Regierung das vor Portugal segelnde Übungsgeschwader umgehen in den Ärmelkanal. Mehrere Vorfälle von britischer Sympathie für Dänemark schlossen sich an. So klärte die britische Flotte für Dänemark auf; hierbei kam es ihr zu Pass, daß Helgoland seinerzeit noch zu Großbritannien gehörte. Ein bemerkenswerter Vorfall war:

> *„das Schicksal des österreichischen Schiffes »Seehund«, das zum Kohlenbunkern einen englischen Hafen angelaufen hatte: »Die englischen Lotsen hatten absichtlich schwere Beschädigungen herbeigeführt und waren hierauf an Land geflüchtet«“ (Ganschow, S. 129, Rekurs auf: Gert Stolz: Mit des Kaisers Armee und Marine 1864 nach Schleswig-Holstein und in die Nordsee, Husum 2009, S. 155).*

Im Gegensatz hierzu schildert Ganschow im Folgenden (S. 129f.) die Unterstützung der österreichischen Flotte in französischen Häfen.

Durch die bekannte Eroberung der Düppeler Schanzen und anderen Kämpfen kamen insbesondere die Preußen relativ schnell voran. Auch hier, wie bereits im Krimkrieg und dem österreichisch-italienischen Krieg 1859, forderte der Krieg 1864 immens viele Opfer; da stellte sich wieder die Frage der Versorgung der Verwundeten. Dies betraf beide Seiten gleichermaßen: So trug Prinz Kraft von Hohenlohe-Ingelfingen

> *„am 12. Februar nach den Gefechte bei Nübel und Satrup in sein Kriegstagebuch ein:*
> *[Ich ging] ins Lazarett. Die Verwundeten zu besuchen. Da lagen Österreicher, Preußen und Dänen beisammen. Unter den Preußen waren einige, die im Gefecht von Missunde in die Hände der Dänen gefallen waren. Sie äußerten sich zufrieden mit der von den Dänen zuteil gewordenen Behandlung . . . Daß in unserem Lazarett die feindlichen Verwundeten ebenso gepflegt wurden wie die eigenen, brauche ich eigentlich nicht zu erwähnen“ (Ganschow, S. 202, Rekurs auf: Karl August Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen: Aus meinem Leben, Dritter Band: Die Kriege 1864 und 1866. Friedenszeit bis 1870, 7. Aufl., Berlin 1906, S. 61).*

Fortsetzung auf S. 16

Fortsetzung von S. 15

Erschütternde Bilder schildert Theodor Fontane, der als Korrespondent der *Kreuzzeitung* am Krieg teilnahm:

> *„Das Wetter war gleichmäßig schlecht, die Chaussee spiegelglatt [. . .] Das eigentliche Schlachtfeld beginnt erst jenseits des Dorfes [Oversee]. Die Oestreicher, stattliche Leute in ihren langen weißen Mänteln, mit durchschossenen Köpfen und zerschmetterten Gliedmaßen, getödtete Pferde, umgeworfene dänische Munitionswagen, lagen zu beiden Seiten des Weges, und den Abhang hinunter sah man in wildem Durcheinander. Leichen. Czakos, Tornister, Patronentaschen und zerstreute Waffen aller Art. [. . .] Um dieselbe Stunde passierte auch ein preußisches Garderegiment, auf seinem Marsche nach Flensburg, das Schlachtfeld. Einer der Soldaten schrieb über den Anblick d[e]s] Schlachtfeldes nach Hause: »Es war fast zu viel für mein junges Herz«“ (Ganschow, S. 202f., Fontane zitiert hier aus dem Bericht einen Reisenden, Rekurs auf: Theodor Fontane: Krieg 1964, S. 91).*

Für weitere Schriftsteller wurde der deutsch-dänische Krieg ein durchaus ergreifendes Motiv, so für Theodor Storm, der die Niederlage 1849/50 gegen Dänemark schwer verwunden hatte; bereits Ende November 1863 kam von ihm die „Prophezeiung,“ daß durch diesen Krieg die dänische Herrschaft über die Elbherzogtümer enden würde:

> *„»Die Schmach ist aus; der eh’rne Würfel fällt!*
> *Jetzt oder nie! Erfüllet sind die Zeiten,*
> *Des Dänenkönigs Totenglocke gellt;*
> *Mir klingt es wie ein Osterglockenläuten!«“ (Ganschow, S. 298, Rekurs auf: Theodor Storm: Werke in einem Band, hrsg. von Peter Goldammer, München; Wien 1988, S. 81).*

Die militärischen Erfolge der Truppen des Deutschen Bunde führten dazu, daß Dänemark im Frieden von Wien (30. Oktober 1864) die Herzogtümer Lauenburg, Holstein und Schleswig an Österreich und Preußen abtrat, die diese in einem Kondominium in Zukunft zu verwalten gedachten.

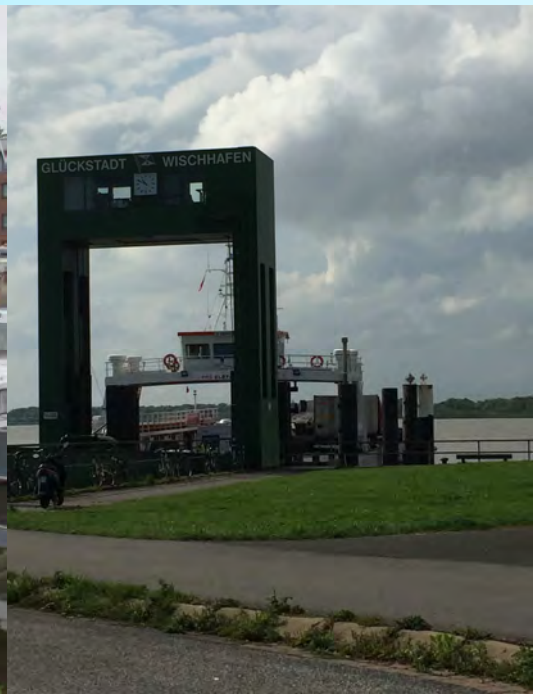
Literatur

Jan Ganschow, Olaf Haselhorst, Maik Ohnezeit (Hrsg.): Der Deutsch-Dänische Krieg 1864. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, Graz 2013.

Bilder: Impressionen aus dem heutigen Glückstadt, das in dem Beitrag erwähnt wurde: Hier versuchte Dänemark eine Konkurrenz zur Hansestadt Hamburg aufzubauen.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

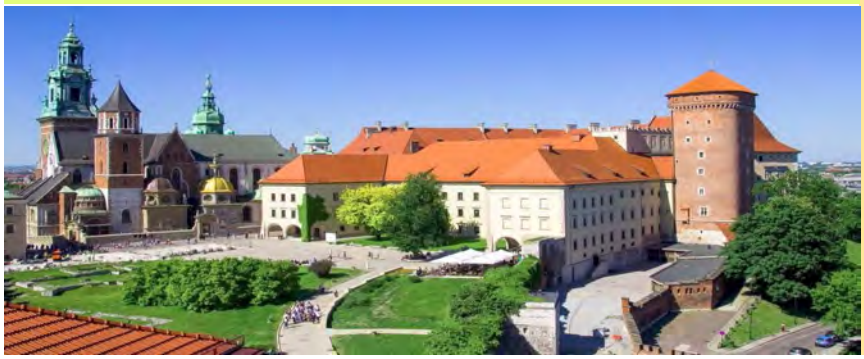


VAdM—Reiseziel:

Krakau (Polen):
Oben links: Marienkirche; oben rechts: Altar des Nürnbergers Veit Stoß; unten: der Schloßberg Wawel.
Bilder: Wikipedia-Abruf (20. November2022)

Reise in eine Geschichte: Krakau

Erstmals im 11. Jahrhundert wurde die Stadt an der oberen Weichsel erstmals urkundlich erwähnt; die Stadt erhielt 1257 das magdeburgische Stadtrecht. 1430 wurde Krakau Mitglied der Hanse. Deutsch war seinerzeit die vorwiegend gesprochene Sprache. Zwischen 1320 und 1550 war Krakau die Hauptstadt Polens: Bis ins 16. Jahrhundert wurde Polnisch entsprechend die vorherrschende Sprache des Bürgertums. Ab Ende des 16. Jahrhunderts erlebte die Stadt einen Niedergang in vielen Lebensbereichen.
Im Zuge der dritten Teilung Polens wurde Krakau 1795 Österreich zugesprochen. Im Laufe der Napoleonischen Kriege gehörte die Stadt zwischen 1809 bis 1814 dem Herzogtum Warschau an.
Im Wiener Kongreß wurde 1815 ein seltsames politisches Konstrukt, der unabhängige Freistaat Krakau geschaffen. In der folgenden Zeit wurde die Stadt ein Zentrum des polnischen Widerstands gegen die Teilung Polens. Nach der bürgerlichen Revolution fiel Krakau 1849 erneut an Österreich. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erlebte die Stadt im Rahmen der Donaumonarchie einen wirtschaftlichen Aufschwung. Während des Zweiten Weltkriegs wurde Krakau Sitz des sogenannten deutschen Generalgouvernement; 1945 wurde die Stadt polnisch.
An Denkmälern und Kunststätten hat Krakau vieles zu bieten, u.a. das Tuchhaus vom Ende des 14. Jahrhunderts – um 1550 umgebaut, zwischen 1876 und 1872 erneuert –, die Marienkirche, eine dreischiffige gotische Basilika, berühmt durch die Bildhauerarbeiten des Nürnbergers Veit Stoß. Auf dem Schloßberg – dem Wawel – aus dem 14. Jahrhundert liegt das Schloß und die Kathedrale, der historische Krönungsort polnischer Könige; hier befindet sich auch die Grablage der polnischen Könige.



HOH(L)SPIEGEL:

Durch Ihr Reiseziel Breslau kam bei mir wieder das Heimweh . . .
Schrieb uns B. M. aus Nürnberg
HK

Bildnachweis:
Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de